

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Witzmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plunioh m. Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 10 91. — Anzeigengebühr: die 10-spaltige Kolonnette 25 Pf., im Restamtzeit 30 Pf. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5253 Berlin.

Bezugspreis: Vierteljährlich einm., halbjährlich 2 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierteljährlich 2.70 Mk., monatlich 23 Pf. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk. ohne Postgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 10-spaltige Kolonnette 25 Pf., im Restamtzeit 30 Pf. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5253 Berlin.

Nr. 291.

Magdeburg, Donnerstag den 13. Dezember 1917.

28. Jahrgang.

Jerusalem gefallen.

Die Engländer haben auf ihrem Zuge zur Eroberung Syriens Jerusalem genommen. Ihrer Eroberung von Bagdad in Mesopotamien hat sich in Palästina ein weithin sichtbares Gegenstück gefügt. Das alte englische Ziel, von Kapstadt über Kairo eine sichere Landverbindung mit Indien herzustellen, hat durch die Erfolge in Kleinasien an Aussicht gewonnen. Vorausgesetzt, daß die Engländer durch die ganze Kriegsdauer im Besitz der jetzt eroberten kleinasiatischen Plätze bleiben. Was noch nicht ausgemacht ist. Denn das Kriegsglück ist auch dort wandelbar.

Vorläufig sind die Engländer am 8. Dezember in Jerusalem eingezogen. Sie haben den pietistischen Amerikanern den Besitz der „heiligen Stadt“ als Weihnachtsgeschenk versprochen, und ihr Versprechen halten können. Sie hegen die Hoffnung, daß dadurch der Kriegswille in Amerika angefaßt, und die Zuerst auf Englands endlichen Sieg drüben gestärkt wird.

Auf jeden Fall lenkt die Gewinnung von Jerusalem die Aufmerksamkeit unserer Leser auf den englischen

Zug gegen Syrien,

der, weil er zu den Nebenkriegen gehört, in den letzten Monaten von uns kritisch mit Absicht vernachlässigt ist. Das Vernachlässigte soll in aller Kürze deshalb jetzt nachgeholt werden.

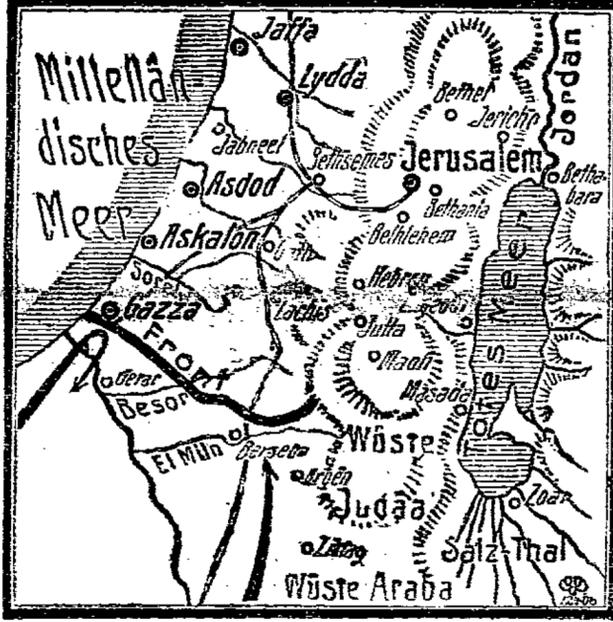
Nachdem die Engländer Beerseba genommen, das wegen seiner strategischen Lage die Voraussetzung für einen erfolgreichen Schlag gegen die türkische Gaza-Stellung bildete, schritt die britische Armee Allenby mit dem linken Flügel und der Mitte zum Angriff, wobei sie von der Seeherseite her von dem Geschützfeuer ihrer Flottenkräfte unterstützt wurde. Der Erfolg war die Besetzung der gesamten gegnerischen, von der Meeresküste über Gaza bis Beerseba reichenden Stellungslinie, wobei man sich aber nicht vorstellen darf, daß diese Linie einen zusammenhängenden Verteidigungskomplex bildete, wie die Befestigungsgruppen an den europäischen Fronten.

Die Engländer blieben bei diesem Erfolg nicht stehen. Sie rückten sofort nach und folgten den auf der Straße Gaza—Jaffa und in der Richtung der Bahnlinie Beerseba—Jaffa und gegen Hebron zurückweichenden türkischen Streitkräften. Der Vorstoß führte an der Küstenstraße bald zur Besetzung von Askalon, im jüdischen Terrängengebiet zur Annäherung an die Bahnverbindung Jaffa—Jerusalem. Erst hinter dem zwischen Askalon und Jaffa liegenden Wadi Surar stellten sich türkische Truppen wieder zur Verteidigung. Aber die längs der Meeresküste operierende linke Flügelgruppe Allenbys konnte am 17. November die widerstandslos

Besetzung von Jaffa

durch australische und neuseeländische Kontingente und den weitem Rückzug der Türken in nördlicher Richtung melden. Der rasche Fortschritt der britischen Operationen in der Küstengegend gegenüber dem langsameren im Hochland hatte zur Folge, daß die ursprünglich nach Norden gerichtete Angriffsfront mehr und mehr nach Nordosten gemeldet wurde. Die Angriffsarmee machte nun den anfänglich bei Beerseba gestandenen rechten Flügel beinahe eine Viertelstunde lang. Der größere Erfolg im Küstengebiet erklärt sich im wesentlichen durch die artilleristische Mitwirkung der Seestreitkräfte, deren Feuer die türkischen Stellungen immer flankierend fassen konnte. Doch war an eine Vertiefung des Desberg bei Jerusalem von der See aus, wie dieser Tage in der Presse behauptet wurde, auch mit der

auschweifendsten artilleristischen Phantasie nicht zu denken. Einmal beträgt die kürzeste Entfernung, die Jerusalem von der Meeresküste trennt, gute 30 Kilometer. Zudem müssen sich die Schiffe der vielen Korallenriffe und der starken Brandung halber, wegen der die syrische Küste von alters her berüchtigt und gefürchtet ist, noch um Kilometerweite seewärts halten. Die Korallenriffe und das leichte Wasser tragen die Schuld, daß den englischen Seestreitkräften von den U-Booten nicht so zugesetzt werden konnte, wie es bei genügender Wassertiefe und glattem Fahrwasser geschehen wäre. Gleichwohl haben die Engländer zwei Schiffe durch einen kühnen Unterwasserangriff verloren.



Der Marsch der Engländer hat die gleichen Wege verfolgt, die Napoleon

für seinen Feldzug in Syrien im Jahre 1799 vorgezeichnet hat. Auch damals versuchten die Türken den französischen Angreifer bei Gaza zu stellen und in seinem Vormarsch aufzuhalten. Doch genügte für Bonaparte der Aufmarsch zur Schlacht, um den Gegner zur Aufgabe seiner Absichten und zum weiteren Ausweichen zu veranlassen, so daß die Gazastellung dem französischen Feldherrn nur eine Marschverzögerung von drei Tagen bereitet hat, während jetzt das britische Heer von ihr fast zehn Monate aufgehalten worden ist. Nicht ganz acht Tage nach Gaza hatte Bonaparte sein kleines Heer vor Jaffa vereinigt, welche Stadt ihm den Zugang zum Meere öffnen sollte. Er erwartete hier für seine weiteren Operationen Zufuhren aus Alexandria und einiges Belagerungsgeschüs. Der Widerstand der Türken zwang ihn zum belagerungsmäßigen Angriff. Nach vier Tagen wurde der Platz, nachdem Dreifache gelegt und eine Uebergabe abgelehnt worden, erklümt. Alles mühte über die Klänge irdingen, die Stadt, der Plünderung hingegeben, erlitt alle Schrecken einer mit Sturm genommenen Stadt. Vor Jaffa war es auch, wo er mit der ihm eigenen kriegerischen Rücksichtslosigkeit und Menschenverachtung

2000 türkische Gefangene erschießen

ließ, weil ihre Mitführung der ohnehin schon drückenden Verpflegungsschwierigkeiten wegen nicht möglich war, der Transport nach Ägypten der erforderlichen Begleitmann-

schaft halber das eigne Heer über Gebühr geschwächt hätte und eine Entlassung auf Ehrenwort bei dem damaligen Verhältnissen nicht rätlich erschien.

Das nächste Ziel Napoleons war, wie es auch für die gegenwärtigen britischen Operationen an der Küste sein wird, das nördlich von Haifa gelegene Akko. Hier kam der Vormarsch des großen Korps ins Stocken. Am 20. Mai 1799 mußte er den Rückzug nach Ägypten antreten. Die nächste Ursache des Rückzugs war ein gescheiterter Sturm auf die von den Türken unter der Leitung englischer Offiziere hartnäckig verteidigte Festung, weitere die nahe bevorstehende Landung einer türkischen Armee in Ägypten, Hauptursache, daß die Franzosen damals mit dem Lande nicht auch die See beherrschten, sondern die Seebeherrschung in den Händen ihrer Gegner lag, an deren Spitze die Engländer standen.

Wie für Bonaparte, so bedeutete auch für die britische Heeresleitung jetzt die Besetzung von Jaffa den Zugang zum Meere, den Besitz eines praktikablen Hafens und damit einer Verfürgung der Etappen und Zufuhrlinie, die nun vom Landweg auf den Seeweg verlegt werden kann. Nur ist diese Bedeutung eine viel größere und realisierbare als 1799. Das erleichterte auch die

Operationen gegen Jerusalem

und die auf der jüdischen Hochebene stehenden türkischen Streitkräfte, die in den letzten Wochen aus politischen und moralischen Motiven in Abweichung von dem Bonapartistischen Verfahren verlaufen sind. Aus einer von Ludd aus über Ammas, Deir esh Scheik gegen Jaba—Hebron verlaufenden Linie gingen die Engländer vor. Ein Umgehungsversuch in der Gegend von Bethlehem scheiterte zunächst an türkischen Widerstand. Er wurde aber mit stärkern Kräften wieder aufgenommen, weil an eine Truppenbewegung zwischen der Straße Hebron—Jerusalem und dem Toten Meere nicht zu denken ist.

Dieser Vorstoß ist jetzt geglückt. Die Türken haben Jerusalem geräumt und die historische Stadt den Engländern unterzogen und kampflös überlassen. Die Engländer haben auf ihrer imperialistischen Seeresstrasse, der gesicherten Landverbindung

von Kapstadt über Kairo nach Indien,

eine weitere Etappe erreicht. Ihr Gewinn fällt zeitlich zusammen mit der Vertreibung der letzten deutschen Macht aus Ostafrika.

Der afrikanisch-asiatische Krieg steht somit im Augenblick für England sehr günstig, womit nicht gesagt ist, daß auch das Ende des Krieges noch Jerusalem noch in den Händen der Engländer sehen wird. Auch Napoleon mußte umkehren. Das gleiche kann auch den Engländern noch blühen. Aber zuzugeben ist, daß die Engländer in ihren Kolonialkriegen, wozu auch Mesopotamien zu zählen ist, nach 3 Jahren günstig abgeschlossen haben. Die Londoner Glocken würden ohne Mißklang ihr Siegesgeläut erschallen lassen, wenn der russische Schach nicht wäre. Gegen ihn kommen aber die afrikanischen und kleinasiatischen Sonnenstrahlen nicht auf. Er verdrängt alles Licht, das die englischen Kriegstreiber aus den Erfolgen der Nebenkriegsschauplätze ziehen. Und dieser Schlagschatten wird für die englischen Imperialisten stärker und drohender mit jedem Tage.

Daran ändert auch die Gewinnung von Jerusalem nicht das mindeste. —

„m“

Genug der Worte!

Die erste Lesung der drei Verfassungsvorlagen wurde nach fünfzigtägiger Dauer am Dienstag im Abgeordnetenhaus beendet. Man hörte zunächst von dem Rationalliberalen Dr. Lindenberg die optimistische Meinung, daß neben allerlei andern Dingen in Zukunft mehr für Alter und Bildung mit dem gleichen Volkrecht

berechnert sein dürfen. Der unabhängige Sozialist Ströbel hielt es für angebracht, lang und breit gegen den Redner der Sozialdemokraten, den Genossen Girke, zu polemisieren. Dann verbreitete er sich, ausgehend von der Forderung der Wahlrechtsgegner und Imperialisten, über das Verhalten der Zentralmächte gegenüber der russischen

Revolution und der Regierung der Volksgewalt. In diesem Zusammenhang machte er die Mitteilung, daß unabhängigen deutschen Sozialdemokraten neuerdings Pässe nach Stockholm verweigert worden sind. Nach einer unerbittlich wahrheitsfeindlichen Rede des Reichenservativen Reibold wurde die Aussprache

geschlossen, und alle drei Vorlagen gingen, entgegen den Wünschen der entschiedenen Linken, an einen Ausschuss, dessen Mitgliederzahl von 28 auf 35 erhöht wurde, was zwar den Polen eine Vertretung ermöglicht, aber die Wünsche der Wahlrechtsvorlage nicht verbessert.

Ein Antrag der bürgerlichen Parteien gegen die Verkleppung deutscher Kunstwerke ins Ausland wurde darauf angenommen, und die Beratung des Antrags Fuhrmann (nationalliberal) und Genossen betr. Staatsbeamte und Vaterlandspartei auf Mittwoch vertagt.

Wir verweisen auf den nachstehenden Bericht:

Am Ministerisch: Dr. Friedberg, Dr. Drews.

Die erste Lesung der Verfassungsvorlagen.

5. Tag.

Abg. Dr. Borck (Ztr.): Der polnische Antrag, einen Ausschuss von 35 Mitgliedern einzusetzen, ist hienichtlich, wir haben auch in einen so großen Ausschuss gehabt; mit Rücksicht auf die Interessen der polnischen Fraktion sind wir aber bereit dem Antrag zuzustimmen. Ziel leicht werden dadurch die Anschließberatungen verlangsamt werden, aber möglicherweise werden dadurch die Beratungen im Plenum abgekürzt. Dieser Ausnahmefall lässt sich jedoch nur durch die beispiellose Bedeutung der Vorlage begründen.

Abg. Dr. Ludewig (natl.): Eigentlich hätte die Einbringung der Einigungs-Erklärung, das für die Dreiklassenwahl kein Raum mehr sei, aufgehoben werden sollen bis zur Rückkehr der Nationen von Kriegen. Jetzt aber heißt es ohne Bezug auf die Arbeit gehen. Wäre eine der früheren Revisionen zuzulassen gekommen, so wäre zweifellos das innerpolitische Leben während des Krieges entlastet worden. Verhältniswahl für die bürgerliche Wahlweise und für die Dänmark, Einführung der Wahlpflicht, Abänderung des Stichwahlsystems und begrenzte Gewährung von Zusatzstimmen für Alter und Bildung werden im Rahmen des gleichen Wahlrechts zu erwägen sein. Wir wollen die drei Vorlagen einem einzigen Ausschuss überweisen und in diesem fördernde Arbeit leisten.

Abg. Ströbel (Unabh. Soz.):

Konserverative, Zentrum und Nationalliberale sind im Grunde einer Meinung, sie wollen keine auch nur halbwegs demokratische Wahlreform. Sie wollen das alte konstitutionale Preußen, die Schutz- und Garantmacht des Militarismus und Absolutismus konzentrieren. Man mag Schenkungen tragen, um das nicht einzusehen. Die Konserverativen berufen sich keineswegs auf das Sterben vor, sicher aber ist, dass das gleiche Wahlrecht nicht in Schönheit herbeigeholt wird. Wenn es der Regierung Ernst darum wäre, müsste sie den Landtag auflösen und schleunigst Neuwahlen unter voller Äquivalenzfreiheit für die Linken, und für die unabhängige Sozialdemokratie, ansetzen. Sie soll dem von Dr. Friedberg erwähnte Druck der Wähler massen wirksam werden, wenn man sich alle diese Zusammenhänge versteht, sogar solche, die wir als Abgeordnete erdulden haben, um uns mit unseren Wählern zu verständigen, während die Absoluten hier in diesem Saale und sonst nach Verleiden öffentliche Verleumdungen abgeben können. Natürlich ist auch das Verbot der Presse-Zusammenkünfte vollkommen unzureichend, wir fordern gleiches Versammlungswahlrecht für alle Parteien. Wenn sogar die Wähler überwiegend sind gegenüber den Reichstagsmitgliedern, dann muss es doch allerhöchste Zeit sein, um zu laufen gegen die Absoluten.

Unabhängigkeit der Militärdiktatur.

Gegenüber diesen Zuständen gehört schon die Unabwiesbarkeit der Reichstagsmitglieder der obliegenden Sozialisten dazu, um der Regierung gegenüber die Unabhängigkeit der Militärdiktatur zu fordern, dass sie sich nicht für die Freiheit und für das gleiche Wahlrecht einsetzen würde. Die Krone hat oft genug opponiert gegen den unüberwindlichen Willen des Volkes, aber niemals hat sie die Militärdiktatur opponiert, solange die Militärdiktatur das Recht in der Hand hat.

Der Proporz soll nur in den Großstädten eingeführt werden, wo er der entschiedenen Linken Abbruch tun kann, nicht aber im ganzen Lande! Dadurch soll diese demokratische Forderung verschoben werden zu einem Mittel, die Arbeiterkraft ihrer Rechte zu berauben. Reine reaktionäre Mäurer werden wohl in der Kommission noch in größerem Umfange verjagt werden. Wir wollen die Verhältniswahl, wenn sie überall und für alle Wähler gelten soll, aber sie darf nicht isoliert für einzelne Bezirke eingeführt werden zum Nachteil der Arbeiterkraft. Nur mit dieser Begründung hat auch Singer seinezeit die Verhältniswahl für die Berliner Gewerbebezirke abgelehnt. In einer Zeit wo in England das Wahlalter bis auf 21 Jahre herabgesetzt wird, in einer Zeit, wo in allen Ländern der Welt die Demokratie zum Siege gelangt, da wollen wir in Preußen-Deutschland die Junker und die Militärfaste ihre Vorrechte behalten. Wenn es nach dem Willen der Junker geht, so bleibt Deutschland anderthalb Jahrtausende hinter China zurück. (Sehr gut! b. v. Unabh. Soz.) In der Weise, wie es Herr v. Osten ausspricht, denke ich allerdings nicht national und die Sozialdemokratie steht es nicht als ehrenförmig an, wenn ihr eine nationale Stimmung von dieser Art abgeprochen wird. In dieser Zeit des sinnlosesten Völkermordes betrachten wir es nicht als unsere Aufgabe, den Völkern und den nationalitätlichen Fanatismus weiter zu fördern, bis der Zusammenbruch unserer ganzen Kulturwelt unabwendbar geworden ist. Die Völker selbst müssen jetzt ihren ersten Friedenswillen in die Tat umsetzen.

Wenn die russische Regierung die Geheimdokumente der Entente veröffentlichte, so würde sie damit nicht unsere deutschen Imperialisten einen Dienst erweisen. Die Russen wissen, dass wohl auch bei uns Geheimdokumente existieren werden, die die Öffentlichkeit zu schrecken haben. Diese Geheimdokumente der Entente darf man uns nicht als Schreckgespenst vorhalten. Diese Annexionspläne sind durch die Macht der Ereignisse zerstückelt und zerrissen. Es gehört heute ein Wunderglaube dazu, noch von dem kriegerischen Enderfolg der Entente zu reden. Statt den Gegnern mit der Niederwerfung zu drohen, sollten wir endlich um das Vertrauen der Völker der Entente werben. Russland hat den ersten großen Schritt zum allgemeinen Frieden getan, jetzt endlich ist es Zeit, dass Deutschland den zweiten Schritt tut. Die alte alte Geheimdiplomatie muss auch in Deutschland endlich über Bord geworfen werden. Sie hat Deutschland in der ganzen Welt verächtlich gemacht und das deutsche Volk leidet am schwersten unter dieser Verachtung und Betrugung. Man soll

die Gegner nie unterschätzen,

und besonders bedenklich ist die Art, wie von den Konserverativen die Amerikaner unterschätzt werden, indem sie zu unsern Gegnern gehören. Früher hätte man es allerdings anders. Jetzt ist nicht Zeit, den Völkern zu lächeln. Sie brauchen den raschen Frieden. Wir haben die Pflicht, dem Volke endlich die Wahrheit zu sagen. Die Frage ist nicht: Friede oder Sieg, sondern: Verständigungs-friede oder schließlicher Zusammenbruch! (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Wie ist der wertvolle Appell der revolutionären russischen Regierung an das deutsche Volk beantwortet worden? Man hat nicht einmal seine wertvolle Veröffentlichung zugelassen, und alle Kundgebungen für die Volkswilligkeit werden verhindert. Der Appell der russischen Regierung köstet so, dass er sich an die Arbeiter wendet und einen Völkervertrag vorschlägt, der allen die Freiheit und Kultur bringt, der aber nur erreichbar sei durch revolutionären Kampf der Massen gegen Imperialismus und Absolutismus. Durch eine solche Politik wie sie die Sozialdemokratie, n. d. Osten usw. machen, hoffen Sie das revolutionäre Russland vor den Kämpfen, den einzigen und besten Wähler zum allgemeinen Frieden.

Ich bin nicht gegen allgemeinen Waffenstillstand und gegen das Eintreten in allgemeine Friedensverhandlungen, die ich erwünsche. Ein Versuch aber, die russische Revolution für den deutschen Imperialismus auszunutzen, indem man die Massen vom Frieden nach dem Willen der Junker, um den die Völkerverhandlungen zu setzen, muss die Volkswilligkeit vom Frieden abbringen und sie zu jagen, die Arme und den Krieg um zu unterstützen. Wenn Sie sich das überlegen, den Sieg nicht erlangen, der Krieg fortwähren, Amerika seine ganze Macht einsetzt und

auch Russland wieder auftritt und wenn das Volk dann steht, wohnt der Übermut der Imperialisten es geföhrt hat, dann können sehr leicht Entwürfen eintreten, die Ihnen sehr unangenehm sind!

Die Wahlrechtsfrage wird entweder unter den Tisch fallen oder bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet werden, oder man wird sie so lange hinziehen, bis man weiß, ob man der Stimmung der Massen überhinaus noch Rechnung zu tragen braucht. In den nächsten drei Monaten muss sich ja entscheiden, ob wirklich ein rascher Sieg möglich ist oder der Krieg weiter geht bis zum Weißbluten. Wenn sich die Hoffnungen der Imperialisten erfüllen, dann sind alle Hoffnungen auf Völkerverhandlungen auf Menschenalter hinaus dahin. Wenn es aber anders wird und die Regierung der Zentralmächte nicht doch noch im letzten Augenblick einen ehrlichen demokratischen Frieden mit dem revolutionären Russland schließt, dann wird die blutige Weltkammerung über Europa hereinbrechen, dann könnten wir das furchtbare Vorkriegs-Verhältnis erleben: Wir werden dieses Kampfes Ende nicht mehr erleben. Dieser Krieg verhängt uns alle. (Leb. Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Kretzschmar (freik.): Bevor man zum Landtag ein gleiches Wahlrecht einführt, müsste es in den Gemeinden eingeführt werden. Die Drohungen mit einem Eingreifen des Reichstags machen auf uns keinen Eindruck, hier handelt es sich um eine rein preussische Sache. (Abolf Hoffmann, Unabh. Soz.: Das Volk ist sozusagen auch noch da!) Wir wollen das Volk in seinem Fundament, das im Preussentum liegt, erhalten.

Die Vorlagen werden einem Ausschuss überwiesen, nachdem der Antrag, die Wahlrechtsvorlage an einen besonderen Ausschuss zu verweisen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und Polen abgelehnt worden war. Die Mitgliederzahl des Verfassungsausschusses wird mit 35 festgesetzt, damit auch die Polen eine Vertretung darin erhalten.

Abg. Dr. Bachuske (Fortchr. Sp.) befragt von der Erhöhung der Mitgliederzahl (35 statt 28) eine Verchiebung des Kräfteverhältnisses, die auf das Schicksal der Vorlage einwirken und Verwicklungsabsichten fördern könnte.

Es folgt der Antrag aller bürgerlichen Parteien, wonach Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Wegführung von Kunstwerken nicht mehr lebender Meister ins Ausland zu verhindern.

Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.) begründet den Antrag. Es handelt sich um den Schutz für Kunstwerke von wissenschaftlichem, geschichtlichem und künstlerischem Werte. Inprezialisten des Auslandes brauchen nicht zu fürchten, denn viele Länder haben bereits solche Ausfuhrverbote zum Beispiel Italien, Griechenland und die Türkei. Die Interessen des Kunsthandels müssen hier zurücktreten vor den Interessen des Vaterlandes. (Beifall.)

Kultusminister Dr. Schmidt: In den letzten 30 Jahren haben wir weit mehr Kunstwerke vom Ausland bezogen, als aus Ausland abgegeben. Ein dauerndes Ausfuhrverbot würde kaum angebracht sein, auch der Generaldirektor unserer Museen hat in dieser Hinsicht Bedenken. Ob ein vorübergehendes Ausfuhrverbot erlassen werden soll, ist schon seit längerer Zeit Gegenstand der Erwägung.

Abg. v. Bülow (natl.): Die Wünsche bei den Kunstaktionen haben ein Eingreifen des Staates notwendig gemacht.

Die Diskussion schließt, der Antrag wird angenommen.

Präsident Graf Scherwin-Löwisch schlägt vor, morgen auf die Tagesordnung außer dem Antrag Fuhrmann (natl.) betreffend Staatsbeamte und Vaterlandspartei auch den Antrag Kronsohn (Fortchr. Sp.) über die Zulassung der Frauen zu den höchsten Verwaltungen nebst der Petition über das Frauenstimmrecht zu setzen.

Abg. v. Heydebrand (konf.) wünscht das letztere abzugeben, da der Antrag Fuhrmann die Sitzung voll ausfüllen werde.

Abg. Hoffmann (Unabh. Soz.): Das Wahlrecht der Frauen wollen Sie nicht verhandeln, den Frauen geben Sie nur das Recht, in den Munitionsfabriken ihre Gesundheit zu opfern. (Murren rechts.) Der Antrag Kronsohn wird morgen nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.

Schluss 3/4 Uhr. —

Was der Krieg bringt.

Allgemeine Friedensverhandlung?

Der Reichstag hat Vertreter des Reichlichen Bundesrat sendet unter dem 11. Dezember die folgende Erklärung:

Die russische Demobilisierung hat bereits begonnen. General Ljubirowski, mit Unterstützung der Minister zum Oberbefehlshaber ernannt, erweist Soldaten, mit Deutschland Friedensverhandlungen einzuleiten, jedoch sollen die Friedensverhandlungen nur für die russische Front gelten.

Größtmögliche als Ergänzung hierzu kann man den Forderungen der russischen Regierung aus folgende Sicht ansehen, der nämlich, daß der Rat der Volksbeauftragten vornehmlich während der Friedensverhandlungen die Vorschläge und Beschränkungen der Reichsregierung der Kriegführung während des Truppen der verbündeten und feindlichen Völker sofort durch Zustimmung mitteilen werde. Dergleichen werde auch der ganze Gang der Verhandlungen übermitteln werden. Eine vollständige Einberufung der Reichsregierung hätte die Reichsregierung während der Einberufung zur Eröffnung von Verhandlungen über einen Waffenstillstand nicht erklärt, wobei sie jedoch nicht nur die russische Front, sondern auch die ihre in Betracht zog, und zwar unter der Bedingung, daß wir auch nicht an eine Verzögerung gehen und den deutschen Truppen keine Rücksicht zu tun haben. Wenn gewisse in Betracht gekommt, daß sich die Reichsregierung mit den Waffenstillstandsverhandlungen nicht einverstanden erklärt haben, so muß dazu bemerkt werden, daß die Pflicht der Reichsregierung ist, dem Reichsrat, von denen in dem Reichstag der allgemeinen Reichsversammlung an den russischen Volkswahlversammlung der Reichsregierung die Rede war, unmittelbar mit ihren Regierungen verkehren, da sie ihren Beschränkungen nicht unterworfen.

Die Regierungen der Entente haben, wenn sich die russische Reichsregierung, ein diplomatisches Spiel begonnen, um den sie selber nicht wissen, mit es etwas nicht. Sie ist nur der Friedensgedanke hinter der Front, um den das Spiel nicht geht, daß man ihn nicht den Russen zeigen gehen dürfte. Das hier Regel haben sie Völker auch vollständig geschweigt. Das aber gehen sie sich, die Möglichkeit der russischen Reichsregierung, „unabhängig“ herbei, über den Waffenstillstand zu unterhandeln — offenbar geschieht nur in der Absicht, Zeit zu gewinnen und die Reichsregierung Verhandlungen zu durchsetzen. Eine ganz andere Frage aber ist, wie das „unabhängige“ Spiel zwischen der Reichsregierung und der Reichsregierung, wenn sie ihnen und nur zwischen der Reichsregierung eines Zusammen geht, und sie nicht weiter verweigern werden.

Die Hoffnung mag nicht ganz unbegründet sein, daß bei zielbewusster Energie, die bei den Russen vorhanden ist und die bei der deutschen Regierung vorhanden sein kann, die Dinge einen anderen Verlauf nehmen, als die Regierungen von London und Paris beschließen. Das Ziel muß bleiben: wenn es möglich ist, der Friede mit allen, wenn dies aber nicht möglich ist, der Friede mit England!

Neue Verfertigungen.

Ausflug wird gemacht: Ein neuer Unterseeboot hat im Atlantischen Ozean unterirdisch drei Dampfer und einen Segler vernichtet, und zwar den englischen Dampfer „Glenn“ mit Hafer, den englischen Segler „Genovian“ mit Granatholz sowie zwei größere kesselförmige Dampfer. —

Flandrische Bilder.

Bei den Schützungen, die ein Hauptquartier Genosse feiner Angehörigen über ihre Kriegserlebnisse gibt, finden wir diese kleinen Skizzen ab:

Unruher Schläger.

Seit Juli jetzt der Engländer angeführte Menschenmassen in Flandern ein, um vertrieben zu kommen. Tag und Nacht heulen und trauern die Genossen, während es ruhig. Langst besteht kein Gehen mehr, alles ist ein wüdes Trichterfeld. Mühselig langsamste Fortschreiten des Menschen menschliche Götter mühselig, während das Fortschreiten des Soldaten geföhrt, da man sich nicht in einem der tiefen, schlangenförmigen Tücher stellen und ohne Hilfe nicht weiterkommen kann.

Wieder auf englische Zusammenkünfte über das Gelände, in Flandern wandelt man, bis man von einem Genosse erfragt wird über die Engländer kommen.

Offenbar, trübend kommen sie, das Gesicht unter dem Helm, total betrunken. Mühsam suchen sie den Weg auf den Flandern, jetzt sind sie mehr ruhig und man hat manchmal einige Maßnahmen gemacht in die Waffen. Schrecklich haben die Genossen zusammen und verstreut in Schlangen. Aber und sie jetzt unter dem Schutze noch ein Wort, Tag über ein Kopf heulen, mit schmerzlichen Augen. Keine Waffen können sie und verstreut in Schlangen, sie aber verstreut in gleich, die Tränen haben alles sein.

Granaten wählen Loh wieder aus, wickeln sie durch die Luft und wieder springt der Schlamm über dem Toten zusammen. Seit Juli sterben und verfallen hier Menschen, keiner hat sie bergen können, Tausende und aber Tausende liegen hier. Und noch immer stürzt der Engländer und von Tag zu Tag wird der Schlamm buchstäblich roter. Manche Trichter sind einzige Wunden, täglich werden es mehr. Wann wird das ganze Gelände von Blut überflutet sein? — — —

Im Kino.

Wo irgend möglich, ist Gelegenheit gegeben, im Kuffetages ins Kino zu gehen. Man braucht Abwechslung im ewigen Eindeut. Selten sind die gebotenen Sachen geistig wertvoll, aber trotzdem ist der Besuch groß. Noch mehr aber als durch die lebenden Bilder wird für Unterhaltung durch die selbstgemachten Besuche selbst gezeugt. Jede spezielle Person wird kritisiert, jedes Viebespähen — fast jeder Film bringt ein solches — wird mit auch ununterbrochen Worten begrüßt.

Nicht immer entspricht die Aufzeichnung den Besohnen Amiges, garie Personen würden oftmals erzören, wenn sie im Kino unter den grauen Besuchern sitzen würden. Aber alles laßt, muß lachen, weil manche Zwischenrufe so treffend sind, daß einem keine andre Möglichkeit übrigbleibt. Oftmals sind die Bilder in Folge Zigaretten- und Zigarettenrauches so trübe, daß man kaum etwas erkennen, das tut aber der Unterhaltung keinen Abbruch. Man tritt sich auf die Füße im Gedränge, teilt Puffe aus und empfängt doppelt dafür, das gehört alles zum Krieg, deswegen geht man ja ins Kino.

Radiostich aus Italien.

500 000 Gefangene, 200 Geföhrt und noch kein Paß. Hoffmann und Freude beginnen zu weinen, nicht weil es Italienern so ergeht, sondern weil man glaubt, dem Frieden näher gekommen zu sein. Wohl ist auch etwas Gemütigung dabei, denn wären uns die Italiener nicht in den Rücken gefallen, dann wären wir heute vielleicht alle zu Hause. Wohl wird Italiens Niederlage auch vom militärischen Standpunkt gewertet, aber die Hoffnung auf Frieden ist fäulter.

Die ukrainische Republik.

Am 21. November wurde in Kiew in der sogenannten kleinen Rada (dem kleinen Rat) die ukrainische Republik proklamiert und über die vollzogene Gründung des ukrainischen Staates vor der Vollversammlung der Zentral-Rada Bericht erstattet. Ihr Vorsitzender Professor

Provinz und Umgegend.

Die Zeitung ausgeblieben.

Am Dienstag haben die Abonnenten der „Volkstimme“ in den Orten Pr.-Wörneke, Schneidlingen, Egel...

Der Arbeitsmarkt in der Provinz Sachsen.

Nach Mitteilung des Arbeitsnachweisverbandes Sachsen-Anhalt wurden im November männliche Arbeitskräfte im ganzen unverändert stark...

Die schon im Vormonat gemeldete Erleichterung des weiblichen Arbeitsmarktes hielt auch im November in teilweise noch verstärktem Maß an...

Wahlkreis Banleben.

Banleben, 12. Dezember. (Es wird gemogelt.) Die Tatsache, daß bei Gesundheitsmaßnahmen das Gewicht der Schwärze zu gering angegeben wird...

Wahlkreis Wolmirstedt-Nienhardenleben.

Nienhardenleben, 12. Dezember. (Hafen) kamen am Sonntag früh in einem Geschäft zum Verkauf...

Wahlkreis Oßchersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 12. Dezember. (Die H-Markte an Stelle des Stammscheins.) Vom Magistrat wird geschrieben: „In diesen Tagen ist u. a. die Hausmarkte zur Ausgabe gelangt.“

(Neue Kundenlisten für Wädereien.) Jeder Wäder hat eine neue Kundenliste nach dem neuen Vordruck anzufertigen und dem Lebensmittellager zur Prüfung vorzulegen.

(Grundsteuern.) Kotschabge erfolgt für die Kotschabsteuern der 13 und 14. Stufe...

Wahlkreis Salbe-Oßchersleben.

Oßchersleben, 12. Dezember. (Die bische Zigeunerinnen.) Dieser Tage hatten mehrere Zigeunerinnen, die in Schöneberg wohnen, verschiedenen Geschäften Besuche ab...

(Steuerberatung.) Die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark müssen in der Zeit vom 1. bis 31. Januar die Steuererklärung über ihr Einkommen einreichen...

Quedlinburg, 12. Dezember. (Anmeldung zum Hilfsdienst.) Alle männlichen Personen, die nach dem 31. März 1893 geboren sind...

Stahlfabrik, 12. Dezember. (Sitzung der Stadtverordneten.) Der Ausschuss der Stadtverordneten über die Darstellung und den weiteren Betrieb der Anlagen...

Rosi Zursüß.

Das Gespräch aus dem Hagen von Johannes Eckert.

(18. Fortsetzung.)

Auf Ruobis Einwendungen sagte Elfi:

„Er wird! Warum nicht gar! Da magst du nicht mehr, erster Grund; sie ist unzufrieden mit dem Mann, den du hast, zweiter Grund; Du willst eine andere heiraten, dritter Grund.“

„Du hast Dir das alles viel zu leicht vor, Elfi. Wenn man dich nicht mag?“

„Nur das! Sie wird mich nicht magen. Aber für Ruodi, was haben jetzt lange genug hin und her geredet und immer gesagt gar noch ins Jenseits hinein, was ich allerdings unter Umständen nicht, nicht aber unter Umständen.“

„Er ist die Sperma für sie, er ist die Sperma für sie, er ist die Sperma für sie.“

„Was hast, Ruodi?“ sagte Elfi darauf mit ihrem ungewöhnlichen Lächeln, „was, welche garigen Augen, die gelben Zähne haben, haben, haben, haben.“

— aber ich will Dir keine Antworten machen. Ich bin kein Zauberer, ich sondern nur Dein armes, närrisches Elfi, das Dich glücklich machen will und sich selbst damit auch ein bißchen, nicht wahr?“

Sie sagte das mit einer so schmerzlichen Modulation der Stimme zu jenen, und ihre Augen blinzelten so zärtlich bittend, daß das Gesicht des jenseitigen Mannes sich aufhellte.

Die kochende Rosi bemerkte es wohl. Sachin, als es Elfi verboten, über von seiner Frau zu reden, war in ihrer Seele noch ein letzter Hoffnungspunkt aufgeglüht.

„So Ruodi, so gefällt Du mir!“ sagte Elfi wieder. „Und also von ihm aus hast Du unterzünftig die nötigen Schritte wegen der Scheidung nicht wahr?“

„Ich werde alles tun, um Dich zurückzubringen; aber verlange Du mir nicht plötzliches Unmögliches. Es ist schwer für Dich und für mich das Kluge und Beste, wenn ich in Frieden und Güte mit der Rosi — jein jöhnes armes Weib war ihm also nur noch „die Rosi“ — abzukommen finde.“

„Nein, nein!“ unterbrach ihn Elfi heftig, mit dem Fuß aufstampfend. „Du kannst die Sache ebenjagut brieflich von ihm aus erledigen. Ich mag mich nicht länger so hängen lassen, ich mag nicht, hast Du? Hast Du?“

„Nun, Ruodi,“ unterbrach ihn Elfi heftig, mit dem Fuß aufstampfend. „Du kannst die Sache ebenjagut brieflich von ihm aus erledigen.“

liche Arbeitsnachweis eine Einrichtung des Kreises sei, zu der die Stadt nur einen gewissen Zuschuß leiste. Nach Beendigung des Krieges findet sich vielleicht hinreichende Beschäftigung für beide Nachweise...

(Kartoffeln.) Anträge betreffend Verlangung mit Kartoffeln sind nicht mehr im Rathaus, Zimmer Nr. 23, sondern in der Gesehale gegenüber der Adler-Apothek in der Zeit von 9 bis 12 Uhr anzubringen.

(Nochmals Weihnachts-Geschäftszeit.) Vom 12. bis 24. Dezember ist die Verkaufszeit in den offenen Geschäftsstellen bis 7 Uhr abends freigegeben.

Thale, 12. Dezember. (Öffentliche Versammlung.) Am Sonntag tagte im Saale der „Grünen Tanne“ eine gut besuchte Versammlung, in der Genosse Beims über „Friede und Freiheit“ einen Vortrag hielt.

Die am 9. Dezember im Saale der „Grünen Tanne“ zu Thale tagende öffentliche Versammlung ersucht die Regierung im Gegenzug zu den Beiträgen der Vaterlandspartei auf schleunige Herbeiführung eines Friedens der Veränderung aller Böker hinzuwirken.

„Du hast die Wahl — die Wahl zwischen mir und der Rosi, zwischen einem freien, fröhlichen Künstlerleben in dem lustigen Berlin und einem trüblichen Hindämmern zwischen den einsätzigen Bergen da.“

„Was?“ „Ei, was sich von selbst versteht. Ich gehe wieder hin, woher ich gekommen. Mein guter alter närrischer Barock wird mich mit offenen Armen aufnehmen; denn es macht ihm ja Spaß, meinen Großpapa zu spielen.“

„Elfi!“ sagte er mit zornigem Vorwurf. „Ruodi, liebster Ruodi, sei ein Mann, und alles wird gut werden.“

Dies jagend sprang sie auf, schnellte sich ihm mit dem Sprung einer Lägerie an den Hals, strich ihm schmeichelnd die Haare aus der Stirn, funkelte ihm mit feuerwerfenden Augen an und überhäufte ihn mit stürmischen Liebesworten, die er nicht von sich wies.

Rosi hatte genug gesehen, genug gehört. Mit brennenden Wangen und pochenden Schläfen wandte sie rückwärts aus ihrem Bett, und als sie draußen auf der Matte im Sonnenschein stand, hätte sie die Sonne fragen mögen: Kannst du denn, darfst du denn das alles bejahren?

Dann preßte sie die Hände an die Brust, als wollte sie das jandbare Hämmern ihres Herzens unterdrücken, und flüsterte in sich hinein: „Da ist eine Zwickel in der Welt, und die bin ich!“

Sie fand einige Minuten schaukelnd, schwindelnd. Ein Meer von Weh warf Bogen in ihrer Seele. Endlich sammelte sie wie irrtümlich: „Ich möchte wohl den Willstwe wieder mal sehen.“

folgen, die die Wahlrechtsvorlage der Regierung verschleppen und derart gestalten wollen, daß sie dem Volke auch weiterhin die Gleichberechtigung vorenthält. Die Versammelten erklären, treu zu der Politik der sozialdemokratischen Partei zu stehen, in der sie die wirksamste Interessensvertretung der Arbeiterklasse erblicken."

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 12. Dezember. (Lebensmittelverteilung.) In nächster Zeit gelangen 300 Gramm Marmelade, 500 Gramm Mehl und 100 Gramm Grieß, ferner 125 Gramm Heringe für die Person zur Verteilung. Bis zum 13. Dezember müssen die Lebensmittelkarten 18 für Marmelade, 20 für Mehl, 22 für Grieß bei einem Kaufmann abgegeben werden. Gleichzeitig werden die Lebensmittelkarten 19, 21 und 23 von den Verkaufsstellen abgehempelt oder mit Namen versehen, darauf gibt es später die Ware. — Die Inhaber der Ausweiskarten 1800 bis 4699 sind zum Bezug von Heringen berechtigt. Bis zum 13. Dezember müssen sie die Ausweiskarten und Lebensmittelkarten 24 in einem der nachbenannten Geschäfte abgeben und Karte 25 abhempeln lassen: H. Meyer, Joh. Köhl, S. Hoyer (Bettrichstraße), E. Schulz (Osterburger Straße), Könnede (Kohlestraße), Otto Vorstel, F. Eisenberg (Ulrichstraße), Ruhe, Schmidt (Windemannstraße), Fiedler, Emma Müller (Länderer Straße), Ulrich (Blumenstraße), G. Schulz, Bernede, Georgi, Rothmann, Gummert, Wiche, Benede (Breite Straße), Allgem. Konsumverein, Scheel, Horstmann (Buchstraße), Beamten-Konsumverein Lager 1, Lenz Hood, Eug. Müller, Osterburg, Scherping (Tangermünder Tor).

— (Weihnachtsunterstützung.) Für bedürftige Familien von zum Heeresdienst eingezogenen oder seit Kriegsbeginn verstorbenen oder gefallenen Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes, Verwaltung Stendal-Tangerhütte, wird auch in diesem Jahre eine Weihnachtsunterstützung gewährt. Näheres siehe Inserat.

— (Sozialdemokratischer Verein.) Am Sonnabend den 15. Dezember findet abends 7½ Uhr bei Grothe eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht außer einem Vortrag des Genossen Brandenburg über „Die nächsten Aufgaben der Partei“ die Erörterung wichtiger Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

— (Beitrag.) Der Monteur Wilhelm Gherle aus Magdeburg lernte während einer Strafzeit in der Gefangenenarbeitsstätte in Wolfen J. N. und A. R. kennen. Durch Beitrag erwiderte er sich bei dem Vater des erlern Lebensmittel, Kleidungsstücke und Geld. Bei der Schwelger des K. schlug der Beitrag fehl. Das Landgericht Stendal verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahre 3 Monaten Zuchthaus.

— (Unterfagter Handel.) Die Polizeiverwaltung hat dem Viehhändler Otto Ludwig den Handel mit sämtlichen Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungsmittel und Futtermitteln aller Art sowie rohen Naturerzeugnissen, Holz- und Leuchtstoffen oder mit Gegenständen des Kriegsbedarfes untersagt.

— (Petroleumverkauf.) Auf die grünen Petroleumkarten 1 wird bis zum 14. d. M. 1 Liter Petroleum abgegeben. Nach diesem Tage besteht kein Anspruch mehr darauf. Den Inhabern der Karten darf der Kauf von Petroleum von den Geschäftsleuten nicht verweigert werden. Sollte es trotzdem vorkommen, so wolle man Beschwerden an der richtigen Stelle vorbringen.

— (Lichtbilder-Vortrag.) Ein vom Bildungs-Ausschuß veranstalteter Lichtbilder-Vortrag, der die Zuhörer an Hand von weit über hundert prächtigen Bildern in die Gebiete der österreichischen Adria küste und des Südtiroler Grenzgebietes führt, findet am Sonntag, abends 7 Uhr, im Grotheischen Lokal statt. Im Interesse der weiteren Arbeiten des Bildungs-Ausschusses wird zahlreicher Besuch dieser Veranstaltung erwartet. Siehe auch Inserat in dieser Nummer.

Tangermünde, 12. Dezember. (Von der Treppe gestürzt.) Der 70-jährige Privatmann Kölling, Neue Straße 2, stürzte infolge eines Schwindelanfalls die Treppe herab, wo er mit zerstückeltem Kopfe liegen blieb. Er ist kurze Zeit darauf den schweren Verletzungen erlegen.

Wahlkreis Salzwehel-Garbelegen.

Salzwehel, 12. Dezember. (Derberischwundene Spiritus.) Von einer großen Spiritus-Sendung, die per Bahn an eine hiesige Firma emtieft, wurde der Abgang eines erheblichen Teiles festgestellt. Es sollen für etwa 6000 Mark Spiritus fehlen.

Bereine und Versammlungen.

Metallarbeiter.

In der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Magdeburg des Metallarbeiterverbandes vom 9. Dezember 1917 wurden zunächst geschäftliche Mitteilungen gegeben, darunter die Antwort der Kohlenstelle auf die Beschwerde der Verbandsleitung in Sachen Kohlenversorgung der Untermieter, ferner die auf Antrag der Verbandsleitung vom Verband der Metallindustriellen vorgenommene Neuregelung der Hilfsarbeiterlöhne. Der Einstellungslohn beträgt nunmehr für Gießereihilfsarbeiter

88 Pfg., für andre Hilfsarbeiter 83 Pfg., für Hilfsarbeiterinnen der Gießerei 61 Pfg., für die übrigen Hilfsarbeiterinnen 48 Pfg. Dazu kommen die bisher üblichen Dienstalters- bzw. Funktionszulagen.

Brandes berichtet dann über die Verhandlungen mit dem Generalkommando vom 6. Dezember. Besprochen wurde die Ernährungs-, die Kohlen- und die Frage der durchgehenden Arbeitszeit. Nach Erklärungen der Abteilungsleiter des Generalkommandos soll eine Herabsetzung von Lebensmittelzufuhren für Magdeburg vom Kriegsernährungsamt nicht beabsichtigt sein. Die Kohlenbelieferung mit 15 Zentnern sei für Magdeburg durchgeführt, weitere 10 Zentner würden bis Ende Dezember und weitere 10 Zentner bis Ende Januar allen Haushaltungen zugestellt werden. Für die Umgebung Magdeburgs sei die Belieferung schwieriger. Da nach Auffassung der Kriegsamtsstelle eine Hausbrandkohlennot nicht zu erwarten ist, hat die Kriegsamtsstelle von der Einführung der 8stündigen durchgehenden Arbeitszeit Abstand genommen. Die Begründung hierfür war schon vor der Besprechung der Verbandsleitung schriftlich zugestellt worden. Auch der Verband der Metallindustriellen hatte einen ablehnenden Bescheid erteilt. In der Verhandlung vom 6. Dezember wurde gewissermaßen als wichtiger Grund angeführt, daß bei der durchgehenden Arbeitszeit von 8 Stunden mit nur ½stündiger Mittagspause der Arbeiter nicht überleben könnten. Auf Ueberstunden wollen jedoch einige Großindustrielle nicht verzichten. Ob die Arbeiter sich dabei ruinieren, ob besonders die Arbeiterinnen unter der dreifachen Last: schlechter Ernährung, langer Arbeitszeit in der Fabrik und dann folgender anstrengender Arbeit zur Erhaltung des Haushalts und der Kinder, zusammenbrechen, das kümmert jene Industriellen nicht, die vom alten Schlandrian der Ueberstundenwirtschaft nicht abgehen wollen. Sie berufen sich auch auf einige Arbeiter, die beim Wegfall der Ueberstunden finanzielle Schäden vermuten. Wären sie gewerkschaftlich geschult, so würden sie, daß der Lohn da am höchsten, wo die Arbeitszeit am kürzesten ist. Daß aber die große Mehrheit der Arbeiter die von der Verbandsleitung gewünschte und als dringend notwendig erkannte Reform verlangt, das haben auch die Vertreter der mitanwesenden christlichen und der Kirch-Dunderschen Organisationen bestätigt. Selbst der einzige Vertreter der Unternehmer, der wirtschaftsfriedliche Sekretär, mußte dies zugeben.

Ob die Verhandlung vom 6. Dezember eine Änderung jener Stellung der Kriegsamtsstelle bringen wird, muß abgewartet werden. Zunächst ist als Ergebnis nur folgendes festzustellen: 1. Der neue stellvertretende Kommandierende General will eine Besprechung der Unternehmer und Arbeitervertreter veranlassen. 2. Die Arbeitszeit soll in den Betrieben mit einfacher Schicht nach Möglichkeit zusammengelegt werden, damit der Arbeitslohn vor 5 Uhr abends erfolgt. 3. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen soll verkürzt werden.

Von einer sofortigen Besprechung des Berichtes nahm auf Wunsch der Verbandsleitung die Versammlung Abstand.

Springer berichtete dann über die Nischersleber Bezirkskonferenz. In der folgenden Besprechung äußern A. J. und Feising ihre Befriedigung über die dort vorgenommenen Wahlen der Bezirksmitglieder. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Brandes einstimmig als 1. Bevollmächtigter, Reinhardt als zweiter, Flügge als erster Kassierer, Uffel als zweiter, Werner, Hartung und Schreiber als Revisoren, Kühne, Weiß, Schwanberg, Meier und Schöne als Beisitzer, letztere zwei jedoch mit der Maßgabe, daß ihre Bezirke nochmals Stellung nehmen und hierüber der kommenden Generalversammlung Bericht erstatten. Die von den Bezirken vorgeschlagenen Kartelldelegierten bestätigt die Versammlung bis auf einen, dessen Wahl ausgesetzt wird.

Vor der Wahl der Ortsverwaltung besprachen eine Anzahl Mitglieder die bisherige und die künftig einzuschlagende Taktik bei Bewegungen. Brandes erklärte, daß jede Verwaltung ihre Arbeit in dem Rahmen leisten müsse, der vom Statut gezogen sei. Ein Antrag, wonach in das Ortsstatut eine Bestimmung aufgenommen wird, daß für die Wahl zur Ortsverwaltung eine fünfjährige Mitgliedschaft notwendig ist, wird, da verpöbel eingereicht, der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung überwiesen. Ein Antrag, der die Ortsverwaltung beauftragt, beim Hauptvorstand anzufragen, ob und unter welchen Bedingungen der Verband und die Generalkommission an dem „Bolschund für Vaterland und Freiheit“ beteiligt ist, wird angenommen. Desgleichen folgender Antrag:

„Die am 9. Dezember 1917 abgehaltene Generalversammlung der Verwaltungsstelle Magdeburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sieht in der Schaffung eines gegen den Willen der Arbeiter durch die Generalkommission errichteten zweiten Bezirkssekretariats in Braunschweig einen Schlag gegen die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung und eine Vergeudung der durch die Mitglieder aufgebrachtener Gewerkschaftsgelder. Sie verurteilt dieses Vorgehen der Generalkommission und ersucht den Hauptvorstand, unerbittlich die Generalkommission zur Aufhebung dieser zweiten Einrichtung veranlassen zu wollen.“

Das Eiserne Kreuz.

Aus unserm Lokalkreis erhielten ferner das Eiserne Kreuz: Musikier Friedrich Lampe aus Magdeburg-Friedrichsstadt, Mitglied des Transportarbeiterverbandes, erhielt die hessische Tapferkeitsmedaille. Gefreiter Albert Goedeke. Gefreiter Ernst Grenzer aus Magdeburg. Gefreiter Pionier Gustav Berge aus Othenstedt, Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Unteroffizier Pionier Richard Heinicke aus Othenstedt, Mitglied des Maurerverbandes. Spielmann Reinhold Friede aus Othenstedt. Rudi Schröder aus Othenstedt. Willi Camrad aus Magdeburg erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse und das Friedrichs-Kreuz, Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes. Unteroffizier Müde aus Magdeburg, Mitglied des Transportarbeiterverbandes. Behrmann Karl Dammasch aus Magdeburg, Mitglied des Schneiderverbandes. Gefreiter Hermann Wehrstedt, Former. Kranenträger Wilhelm Gabriel aus Magdeburg-Rothensee, Mitglied des Metallarbeiterverbandes und Sozialdemokratischen Vereins. Unteroffizier Hans Brochhoff aus Magdeburg-Demsdorf erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse.

Briefkasten.

M. B., Burg. Für die Verpflegung der Truppen in der Heimat sind keine bestimmten Portionsmengen festgesetzt. Vorgeschieben ist eine gute und ausreichende Kost zu gewähren.

N. 100. J. L. Rein.

S. 5. Die Ruzmittel können Sie sich selbst kaufen. Es darf Ihnen dann kein Abzug von der Löhnung gemacht werden.

D. R. 45. Sie können sich unter Einhaltung des vorgeschriebenen Weges beim Bataillons- bzw. Regimentsführer beschweren.

Kanonier W. P. In Halberstadt.

F. F. 100. 1. Wenn keine Bedürftigkeit mehr vorliegt, ja. 2. Ja. 3. Erhält Unterstützung weiter.

Landsturmann P. D. Die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 ist weder von der Regierung noch vom Kriegsernährungsamt in Aussicht gestellt worden. Dagegen sollen alle über 45 Jahre alten Mannschaften, wenn sie 6 Monate in vorderster Linie Dienst getan haben, zurückgezogen werden.

W., Klein-Ottersleben. Kindern bis zu 2 Jahren, soweit sie nicht gestillt werden, steht täglich 1 Liter Milch zu. Beschweren Sie sich beim Regierungspräsidenten.

W. Sch. L. Die erhöhte Löhnung beträgt für Soldaten in der Heimat in 10 Tagen 4,40 Mark, im Felde 7,10 Mark, für Unteroffiziere 10 Mark bzw. 16 Mark. Die erste Auszahlung soll im Dezember erfolgen.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 11. Dezember. Todesfälle: Schuhmacher Wilhelm Becker, 81 J., 13 L. Oberst z. D. Arthur Wenzel, 56 J., 8 M., 28 L. Eisenbahnassistent a. D. Otto Frihe, 59 J., 12 L. Kaufmann Wilhelm Niemann, 54 J., 2 M., 11 L. Witwe Emilie Wiesel geb. Schulz, 50 J., 4 M., 10 L. Gerhard, S. des Lehrers Gustav Kung, 12 J., 10 M., 26 L.

Vudau, 11. Dezember. Todesfall: Schlosser Gustav Könnede, 32 J., 10 M., 28 L.

Hermersleben, 5. Dezember. Todesfall: Pensionär Friedrich Mareisch, 72 J.

Süßhof, 5. Dezember. Todesfälle: Hermann Karl Kurt, S. des verstorbenen Schlossers Heinrich Karl Hermann Willaret, 4 J. Elisabeth geb. Schulze, Ehefrau des Maurerwaldben Hermann Kaps, 75 J. Ernst Karl, S. des Zimmermanns August Heinrich Hochbaum, 2 J. Witwe Wilhelmine Meinede geb. Uebe, 75 J. Schütze Klempner Walter Böhme, 19 J. Musikier Schlosser Walter Otto Stäbing, 20 J. Musikier Dreher Wilhelm Kettmeier 20 J.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 13. Dezember: Nebel, kaltes Wetter ohne nennenswerte Niederschläge, geringe Wärmedänderung.

Die Kriegsluftfahrt-Ausstellung kommt!
„Fürstenthor“, Viktoriastraße.

6437

Gleiches Wahlrecht für Preußen!

Ueber dieses Thema spricht

Montag den 17. Dezember, abends 7½ Uhr, im

Zirkus, Königstraße

Landtagsabgeordneter **Robert Leinert** (Hannover).

Die Arbeiterschaft wird ersucht, durch Massenbesuch dieser Versammlung den unbeugsamen Willen zum Ausdruck zu bringen, daß sie länger auf das gleiche Wahlrecht nicht verzichten will. Die Versammlung muß eine Massenfundgebung werden!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins. J. N.: Fr. Henneberg.

Wahlrechts-Versammlung am Montag den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Zirkus.

Genosse Robert Reinert (Hannover), Mitglied des Preuss. Landtags, spricht über Gleiches Wahlrecht für Preußen!

Wer auf dem Boden dieser dringendsten Forderung der Gegenwart steht, muß seine Ansicht durch Teilnahme an der Versammlung bekunden.

Gruschewsky führte nach „Ruskoje Slovo“ vom 22. November aus:

Der fürchterliche Völkermord macht entschlossene Schritte zur Befestigung der Regierungsgewalt in der Ukraine erforderlich. Die Ukraine muß geschützt werden vor Anarchie und Bürgerkrieg, die Regierungsgewalt im Lande muß auf feste Grundlagen gestellt werden, und als festeste Basis erscheint uns die Volksrepublik.

Die konstituierende Versammlung (Univerfal) hat festgestellt, daß die Ukraine fortan eine freie ukrainische Republik sein wird, ohne sich dabei von der russischen Republik zu trennen. Die endgültigen Grenzen der Republik werden erst später nach Vereinbarung mit dem organisierten Willen des Volkes festgestellt werden. Vorerhand werden folgende Gouvernements als der Ukraine zugehörig erklärt: Kiew, Podolien, Wolhynien, Ljehonigow, Kustawa, Charlow, Jekaterinoslaw, Lourien von der Krim an, die Gegend von Cherson und Teile der Gouvernements Woronesch und Cholm.

Als Programmpunkte hat die konstituierende Versammlung (Univerfal) die folgenden angenommen: Uebergang aller Grundbesitze, den Klöstern und Kirchen gehörenden Grundstücke in die Hände des Volkes ohne Entschädigung, Währungsreform, Abschaffung der Todesstrafe, politische Amnestie, Freiheit des Wortes, der Presse und des Glaubens, der Versammlung, der Vereine und der Streiks, Unverletzlichkeit der Person und Wohnung, Freiheit der Sprachen und der nationalen Entwicklung. Sie verspricht schließlich, energische Vorkehrungen zur Inangriffnahme von Friedensverhandlungen zu treffen.

Die Ausarbeitung der Gesetze wird der ordnungsgemäß gewählten konstituierenden Versammlung vorbehalten, die für den 14. Januar einberufen werden wird.

Professor Gruschewsky veröffentlicht gleichzeitig den Entwurf der ukrainischen Verfassung, welcher der konstituierenden Versammlung vorgelegt werden soll. Nach dem Entwurf soll die ukrainische Republik einen Bestandteil der großen Föderativrepublik des russischen Reiches zum Zwecke der Hebung der Verteidigungskraft und zur Förderung des Wohlstandes im eignen Lande bilden. Zu den Funktionen der zentralen Organe der russischen Föderativrepublik sollen gehören: die Beziehungen zu den Zentralmächten, die Abfassung und Annahme von Entwürfen für politische und kommerzielle Organisationen (Außenhandel), die diplomatische Vertretung, die Entscheidung über die Kriegs- und Friedensfrage und über die Art der Kriegführung, der Befehl der Truppen während des Krieges, die Bestimmung der Maß- und Gewichtseinheiten, des Münz- und Finanzwesens, die Regelung aller Fragen des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs und dergleichen mehr.

Die ukrainische Konstituante wird aus 400 Delegierten bestehen. Ihr Vorsitzender wird zugleich Präsident der ukrainischen Republik sein. Die konstituierende Versammlung wird für die Dauer von drei Jahren gewählt, kann aber nach eigenem Beschluß auch vor Ablauf dieser Frist aufgelöst werden.

Ein Wort der Warnung.

Im letzten Teile seiner großen Programmrede für das gleiche Wahlrecht am 6. Dezember richtete der neue Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg, folgende, von uns hier nach dem amtlichen Stenogramm zitierten beachtenswerten Mahnworte an die bürgerlichen Parteien:

Meine Herren, ich fürchte für die bürgerlichen Parteien. Ich spreche hier nicht als Parteimann, sondern ich fürchte für alle bürgerlichen Parteien, weil ich die bürgerlichen Parteien alle ohne Ausnahme für notwendige Vertretungen gewisser Volksschichten halte, die unbedingt in unseren Parlamenten zur vollen Geltung kommen müssen. (Sehr gut!) Aber, meine Herren, für die bürgerlichen Parteien ist, wenn sie sich behaupten wollen, nicht allein ihre Stärke hier in diesem hohen Saale maßgebend. Sie werden mitzugeben müssen, daß die große Politik, die Politik der nationalen Fragen heute in einer anderen Körperlichkeit, im Reichstag gemacht wird, der auf einem ganz andern Stimmrecht basiert. Wenn die bürgerlichen Parteien durch Ablehnung der Vorlagen in der breiten Masse der Bevölkerung ihren Fall verlieren, dann werden sie fortgesetzt mit gehohlenen Kniegrat in den Reichstag einzutreten. (Sehr richtig! links.)

Das sind Worte, die die bürgerlichen Parteien wirklich beachten sollten. Die Zeiten sind vorbei, in denen man mit dem Volke Raue und Meus spielen durfte. Die Wähler haben nicht die Absicht, ewig nur — Meus zu sein! —

Lohndrücker an der Arbeit.

In dem Leide der Kriegsgewinne schwimmen die Ehrentrostfleute als die fettesten Karmpfen. Alle chemischen Fabriken liefern heute Sprengstoffe. Ihre Gewinne haben schwindelnde Höhen erreicht. Sie sind so hoch, daß sie sich beim besten Willen in der üblichen Weise nicht unterbringen und verteilen lassen. Dieser Tage wurde bekannt, daß ein halbes Duzend von Farbenfabriken ihren Aktionären außer den erorbitanten Dividenden ein

Extragelohn von etwa 500 Millionen Mark machen. Es werden ungefähr 170 Millionen neue Aktien ausgegeben, die den Aktionären zum Nennwert von 107 Mark überlassen werden, während der Steuerkurs 300 bis 380 Prozent höher ist.

Veneidenswerte Leute, diese Aktionäre! In der Geschichte ihrer Vermögenssammlung wird dieser Krieg eine bedeutende Rolle spielen und immer einen hervorragenden Platz einnehmen. Man sollte nun meinen, daß in die Gemüter dieser Herrschaften etwas wie Befriedigung einziehe. In Wirklichkeit sind aber die Leitungen dieser Unternehmungen unermüdet an der Arbeit, den Anteil, den die Arbeiter an den Ergebnissen haben, zugunsten der Aktionäre noch mehr zu beschneiden. Eine durch die Kriegsverhältnisse herbeigeführte mäßige Erhöhung der Arbeiter- und Arbeiterinnenlöhne hat den kapitalistischen Instinkt dieser Leute zu einer Abwehraktion angeleitet und die Schlagfertigkeit, mit der sie dieser Erscheinung Rechnung tragen, könnte den Arbeitern als leuchtendes Beispiel dienen.

Die Arbeitslöhne waren den Fabrikleitungen zu hoch. Was tat man? Nun, man kam zusammen und einigte sich auf einen Lohnjah, über den bei Neueinstellungen nicht geredet werden dürfe. Und aus einem uns vorliegenden Protokoll, das die Unterschrift von leitenden Personen der Fabrik von Bayer u. Ko. in Leverkusen und Schleich trägt, ersichtlich ist, besteht seit längerer Zeit in der Sprengstoff-Industrie ein Ausschluß für Arbeiter-Angelegenheiten, dessen Aufgabe neben der Geranziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen die Lohndrückung ist. Das Protokoll lautet:

Laufende Nr. 44.

Niederschrift

der Besprechung des Ausschusses für Arbeiter-Angelegenheiten vom 12. Juni 1917.

Anwesend: Stange, Büchel, Mögenburg, Graebndücker, Wolff und Zimmer. Stange berichtet über eine Besprechung befreundeter Firmen der Sprengstoffindustrie in Schleich. Es ergab sich, daß die Löhne im großen ganzen bei allen Firmen gleich sind. Mäcker werden in Lohn außerordentlich hoch bezahlt. Es fällt auf, daß bei unserer Firma die Löhne der Geiger und Schlosser im Dampftrieb verhältnismäßig niedrig sind.

In Anbetracht der Verhältnisse hat die Schleichsche Konferenz folgendes festgestellt:

Arbeiterinnen in Granaten-Füllwerken und in der Kamin-Fabrikation kann bei der Anwerbung ein Lohn von 40 Mark in Aussicht gestellt werden. Männer erhalten in denselben Betrieben einen Mindestlohn von 10 Mark einschließlich aller Zuschläge.

Männlichen ungelerneten Kollaborierern kann bei der Anwerbung ein Mindestlohn von 50 Mark versprochen werden.

Arbeiterbedarf: 45 Arbeiter, 24 Schlosser, 145 Arbeiterinnen. Wegen des großen Arbeiterbedarfs hält sich Kaschig längere Zeit in Hamburg und Umgebung auf. Die Anwerbung wird immer schwieriger, weil die stellvertretenden Generalkommande Werbungsverbote für nicht in ihrem Kreisbezirk ansässige Firmen erlassen. Ein Besuch an das Kriegsamt um Gewährung einer Ausnahmebestimmung für die Farbenfabriken ist bisher ohne Antwort geblieben.

Der Vorsitzende:

gez. Dr. Stange.

Der Schriftführer:

gez. Dr. Büchel.

Für die Direktion:

gez. Dr. Krefeler.

Man beachte, was zum Zustandekommen des Ausschusses und dieser Konferenz geführt hat. Einzelne Unternehmen bezahlen Arbeiter und Arbeiterinnen „außerordentlich hoch“ (natürlich immer nach der Ansicht der Mitglieder dieses Ausschusses). Doch ein Trost ist den Herren in Schleich geblieben: bei der Firma Bayer sind die Löhne der Geiger und Schlosser „verhältnismäßig niedrig“. Und damit den Munitionsarbeitern und -arbeiterinnen die Lohnbäume nicht in den Himmel wachsen, wird schleunigst ein Höchstlohn vereinbart! Ueber diesen Lohn ist zu sagen, daß er außerordentlich gesundheitschädliche Arbeit bezahlt wird. Den Arbeitern und Arbeiterinnen bei den in dem Protokoll bezeichneten Arbeiten frist sich die Ausdünnung der Säure in die Haut ein und färbt ihnen Gesicht, Hände und Haar grasgrün. Zu Tausenden laufen die Arbeiterinnen entsetzt herum. Und das für einen Lohn von wöchentlich 40 Mark bei den heutigen Preisen!

Wie alle lehrreichen Geschichten, so hat auch die Geschichte dieses Ausschusses eine Moral: Wenn die Unternehmer schon in der heutigen Zeit mit ihrem notorischen Arbeitermangel mit solchem Vorgehen Glück haben, welche Seiten werden sie nach dem Kriege gegen die Arbeiterschaft aufziehen? Ueber diese Frage sollte sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin recht eingehende Gedanken machen. Und die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit sollte sich darüber klar sein, daß sie sich bei einer solchen Lage der Dinge den Luxus einer die geschlossenen Reihen verwirrenden Prinzipienreiterei nicht gestatten darf! Keint! Den Herren vom Schlege des Ausschusses für Arbeiter-Angelegenheiten kann nur eine in sich gefestigte, fromm und einheitlich organisierte und vom Geiste unbeirrbarer Solidarität geleitete Arbeiterschaft mit Erfolg entgegenreten. Nur eine solche Arbeiterschaft kann nach dem Kriege mit dem durch den Krieg unheimlich anwachsenden Kapitalismus den Kampf aufnehmen! —

Notizen.

Gemeindevahlrechtsanträge im Oldenburgischen Landtag. Die liberale Fraktion des Oldenburgischen Landtags hat den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag in dieser oder der nächsten Session Gelegenheitsurteile zur Aenderung der Gemeindeordnungen vorzulegen. Insbesondere sollen dabei folgende Punkte Berücksichtigung finden: Aktives und passives Wahlrecht für alle über 24 Jahre alten männlichen Personen, passives Wahlrecht für alle über 24 Jahre alten weiblichen Personen, Verhältniswahl, Streichung der jetzigen Zweidrittelmehrheit des Grundbesitzes in den Gemeindevertretungen, erhöhte Bewegungsfreiheit bei der Erschließung neuer Steuerquellen, erweiterte Gemeinde-Autonomie. —

Zusammenstöße mit dem Militär in Warschau. Am letzten Sonntag haben Warschauer Studenten Kundgebungen für Pilsudski und die internierten Legionäre veranstaltet, welche zur Ansammlung größerer Menschenmengen führten. Bei dem Versuch, unter Abfingern aufreizender Lieder ins Innere der Stadt zu ziehen, kam es zu Zusammenstößen mit der Schumannschaft und hinzugezogenem Militär. Mehrere Personen, darunter ein deutscher Schutzmann, wurden leicht verletzt. Unter den Verhafteten sind drei Studenten, neun Schüler und eine Schülerin höherer Privatlehranstalten. Die Kundgebungen waren von der polnischen Jugend, insbesondere von der Pilsudski ergebenen freien polnischen militärischen Organisation vorbereitet und geleitet. —

Die Verfolgung der Kriegsgegner. In Rom wurde der Priester Giarelli, der vom General Monanari dabei übertracht wurde, wie er auf einen patriotischen Anschlagzettel die Worte schrieb: „Es lebe der Friede!“ zu — sechs Monaten Gefängnis verurteilt. —

Oesterreichisches Linien Schiff verloren. Das österreichische Flottenkommando meldet: In der Nacht vom 9. auf den 10. Dezember ist S. M. S. „Wien“ durch feindlichen Torpedoangriff versenkt worden. Fast die ganze Besatzung wurde getötet. — Die „Wien“ ist ein Linien Schiff, das im Jahre 1895 erbaut wurde und eine Wasserverdrängung von 5600 Tonnas hatte. Die Besatzung zählte 441 Köpfe. —

Englands Ausfuhrverbote. Nach Londoner Meldungen der „Norwegischen Handels- und Schifffahrts-Zeitung“ hat das englische Kriegshandelsamt mitgeteilt, daß bis auf weiteres alle Ausfuhr nach Norwegen, Dänemark und Schweden eingestellt worden ist. Alle Gesuche um weitere Ausfuhrbewilligungen wurden abgelehnt. —

Die Opfer der portugiesischen Revolution. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt „Daily News“ aus Lissabon vom Sonntag: Bei den republikanischen Unruhen sind 100 Personen getötet und 500 verwundet worden. —

Japan marschiert nicht.

Berlin, 12. Dezember. (Funkbruch der russischen Regierung aus Jarfskoje Seio.) Der japanische Gesandte teilt mit, daß Japan weder die Absicht gehabt haben, noch haben werde, Rußland den Krieg zu erklären. Ein Mitglied der Gesandtschaft dementierte das Gerücht, nach welchem zwischen England und Japan ein Vertrag bestehe, laut dem Japan, falls Rußland mit Deutschland einen Separatfrieden schließt, Japan an Rußland den Krieg erklären würde. —

Kopenhagen, 11. Dezember. Die Petersburger „Pravda“, das Organ der Bolschewiki, meldet, daß aus Charkin ein Telegramm eingetroffen sei, wonach chinesische Truppen ganz unerwartet in die Stadt eingerückt seien. Nach Aussagen chinesischer Offiziere, um die dortigen Chinesen zu beschützen. Das Blatt meldet weiter, daß eine japanische Abteilung in Bladi-moska gelandet sein soll. —

Die Luftkämpfe im November.

S. S. A. Großes Hauptquartier, 12. Dezember 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsstärke blieb in wäßigen Grenzen.

Im November beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 22 Fesselballone und 205 Flugzeuge, von denen 85 hinter unsere Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgeschossen sind.

Wir haben im Kampfe 60 Flugzeuge und zwei Fesselballone verloren.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Stalienische Front.

In einzelnen Abschnitten zwischen Brenta und Piave entwickelten sich örtliche Kämpfe, in denen wir Gefangene machten.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

